

Neue Spekulationen über ein Treffen Reagan-Gorbatschow

Wie WASHINGTON, 30. Juni. In Washington kursieren neue Spekulationen über einen möglichen Gipfel im November in Genf. Amerikanische Regierungsvertreter wollten am Wochenende Informationen, wonach die Schweiz als Ort einer ersten Begegnung Präsident Reagans mit dem sowjetischen Parteichef Gorbatschow in Aussicht genommen sei, weder bestätigen noch dementieren. Ein Sprecher des State Department sagte, daß beide Seiten über Zeit und Ort verhandeln, ohne daß eine abschließende Vereinbarung schon getroffen worden sei. Das Zustandekommen eines Gipfels im Herbst dürfte vor allem von der Entwicklung der bislang nur wenig versprochenen Genfer Rüstungskontrollverhandlungen abhängen. Wie in Washington in der vergangenen Woche bekannt wurde, hat Gorbatschow eine Teilnahme an der Generalversammlung der Vereinten Nationen im November in New York abgelehnt. Damit wurde die von Reagan unmittelbar nach Gorbatschows Amtsantritt übermittelte Einladung zu einem Besuch in Washington vorerst hinfällig. Die letzte Amerikareise eines sowjetischen Parteichefs liegt zwölf Jahre zurück. Leonid Breschnew war 1973 auf Einladung von Präsident Nixon nach Washington gekommen. Danach fanden vier Begegnungen der Vertreter beider Großmächte außerhalb der Vereinigten Staaten statt. Gorbatschows letzter

Hoffnungen, aber auch Ärger und Enttäuschung nach dem Mailänder Europa-Treffen

Der deutsch-französische Vorstoß zu einer Reform der Gemeinschaft / Frau Thatcher: Vertane Zeit

std./be. MAILAND, 30. Juni. Die nach zweitägigen Beratungen am Wochenende in Mailand beendete Gipfelkonferenz der Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaft ist von den Teilnehmern unterschiedlich bewertet worden. Bundeskanzler Kohl, der französische Staatspräsident Mitterrand und der italienische Ministerpräsident Craxi äußerten sich zufrieden und sprachen übereinstimmend von dem Beginn eines Klärungsprozesses über die weitere Entwicklung in der Gemeinschaft. Die britische Regierungschefin Thatcher, der griechische Ministerpräsident Papandreu und der dänische Premier Schlichter waren dagegen kritisch und mit dem Ausgang unzufrieden.

Die Konferenz war in den letzten Stunden mit heftigen Auseinandersetzungen abgelaufen. Der Streit ging im Kern um die Frage, ob neue Verträge für die weitere Zusammenarbeit abgeschlossen werden sollen und dafür eine spezielle Regierungskonferenz einberufen werden soll. Sechs Länder der bisherigen Mitglieder und die Vertreter Spaniens und Portugals waren dafür, drei Länder dagegen. Die Iren enthielten

ten sich der Stimme. Der italienische Ratsvorsitzende entschied daraufhin, diese Konferenz einzuberufen. Der formale Beschluß muß noch von den Außenministern auf ihrer nächsten Sitzung im Juli gefaßt werden.

Bundeskanzler Kohl sprach nach Abschluß der Beratungen von der „Stunde der Wahrheit“, die jetzt gekommen sei. Er habe dies bereits vor Monaten vorausgesagt. Die Regierungskonferenz werde detaillierte Vorschläge für die weitere Zusammenarbeit in der Gemeinschaft ausarbeiten. Beim nächsten Gipfeltreffen Ende des Jahres in Luxemburg würden dann die Beschlüsse gefaßt. Die Bundesrepublik Deutschland sei die „Speerspitze beim Kampf“ um die Reform der Gemeinschaft gewesen. Die Zusammenarbeit mit Frankreich habe aber eine entscheidende Rolle gespielt. Hier habe volles Einvernehmen geherrscht. Die deutsche Forderung nach einem Mandat für die Konferenz sei erfüllt worden. Dieser Auffassung stimmte auch Außenminister Genscher zu, der früher erklärt hatte, die Regierungskonferenz dürfe kein Beer-

digungsinstitut für die Reformbestrebungen in der EG werden.

Kohl sagte, wie ein roter Faden habe sich durch die schwierigen, teilweise heftigen und dramatischen Verhandlungen die Frage gezogen, wer bereit sei, in der europäischen Zusammenarbeit weiterzugehen. Man könne sich nicht mehr mit dem begnügen, was jetzt praktiziert werde. Die Gemeinschaft dürfe nicht nur eine Freihandelszone sein. Jetzt müßten Schritte zur politischen Einigung Europas unternommen werden. Der deutsch-französische Vorschlag für eine engere Zusammenarbeit in der Außenpolitik sei nur der erste Schritt in diese Richtung. Ihm sei heute aber klar, daß es in Europa nur in kleinen Schritten vorangehen könne. Es sei aber dringend notwendig, die Beschlußmechanismen in der EG zu ändern. Auch das Europaparlament müsse mit mehr Rechten ausgestattet werden. Die Forderung: „Zurück zu den bestehenden Verträgen!“ genüge den Anforderungen nicht mehr. Die Verwirklichung des Binnenmarktes der Gemeinschaft bis 1992 sei ohne vertragliche Änderungen nicht zu erreichen. (Fortsetzung und weitere Berichte Seite 2.)

Sind die etwa verbündet?

Rm. Lassen wir einmal Revue passieren, was für Lebenszeichen die Bonner Koalition am Wochenende wieder von sich gegeben hat. Der FDP-Abgeordnete Baum macht dem Bundesinnenminister schwere Vorwürfe wegen dessen Katalysator-Politik: Zimmermann habe bis zum Schluß Erwartungen gehegt, deren Unerfüllbarkeit er habe kennen müssen; viele Bürger seien nun getäuscht. Da wird also der Innenminister als ein Naivling hingestellt, der das Volk in arge Verlegenheit bringe. Über Zimmermanns Strategie läßt sich tatsächlich streiten. Er hatte zuviel angekündigt; aber immerhin muß man ihm zugute halten, daß er bei den europäischen Partnern sogar ein bescheidenes Ergebnis nur erreichen konnte, wenn er sie möglichst lange mit hohen Bonner Katalysator-Forderungen konfrontierte. Hätte er weniger verlangt, wäre jetzt in Luxemburg nicht einmal der nun auch von Baum beklagte magere Beschluß herausgekommen. Aber davon spricht Baum nicht. Er findet für Zimmermann nur beiführendes Tadel, auf daß auch der letzte Zeitgenosse den Wunsch spüre, ein Besserer möge Innenminister werden, am besten Baum. Der gehört dem Kabinett nicht an, unterliegt also auch nicht der Kabinettdisziplin. Doch er ist einer der stellvertretenden Vorsitzen-

den der FDP. Koalitions-Loyalität ist ihm also aufgegeben. Und wie hält er sich daran?

Der CDU-Vorsitzende Strauß wiederum polemisiert gegen sozial- und steuerpolitische Vorstellungen von FDP-Politikern und gebraucht dabei starke Worte: „sozialistisch“ und „Milchmädchenrechnung“. Das klingt nicht wie unter Verbündeten. Aber verbündet ist man doch — oder? Und Strauß trägt besondere Bündnisverantwortung, weil er darauf beharrt, daß die Koalition nicht aus zwei Partnern — Union und FDP — bestehe, sondern aus deren drei: CDU, CSU und FDP, und weil er der Führer einer von ihnen ist.

Anderes treibt den CDU-Abgeordneten Schwarz und den CSU-Sprecher Rosenberg um. Der eine erinnert daran, daß die CDU in Bayern einmarschieren könnte, wenn ... ; der andere erwidert, die CSU würde dann zum Gegenmarsch schreiten. Solches Marschieren müßte die Union ruinieren; aber schon das Reden darüber schadet ihr. Doch was vermag die Vernunft gegen eine so elementare Leidenschaft wie die Zanksucht. Natürlich, auch verbündete Parteien können einmal streiten. Aber das müßte den Partnern der Bonner Regierung eine fernere Sorge sein, zuerst einmal hätten sie sich so zu betragen, daß man ihnen glaubt, sie seien verbündete — und nicht Gegner.

Die Beirut-Geiseln auf dem Weg in die Freiheit?

Berri: Im Konvoi nach Damaskus / Eine Garantie Reagans / Weiterflug nach Frankfurt geplant

BEIRUT, 30. Juni (Reuter/dpa/AP). Die 39 amerikanischen Geiseln von Beirut sind nach Angaben des Schlitzenführers Nabih Berri am Sonntag freigelassen worden und befinden sich auf dem Weg in die syrische Hauptstadt Damaskus. Vor Journalisten sagte Berri, die von ihm geführte Amal-Miliz habe Garantien der Vereinigten Staaten und Syriens sowie andere „Lokale, regionale und internationale Mächte“ erhalten. Einzelheiten nannte er nicht. Die Geiseln waren seit der Entführung einer amerikanischen Verkehrsmaschine am 14. Juni nach dem Start in Athen in der Gewalt schiitischer Libanesen gewesen.

Das amerikanische Außenministerium hatte am Wochenende eine Erklärung zur Libanon-Politik Washingtons veröffentlicht. „Die Vereinigten Staaten treten weiterhin für den Fortbestand des Libanon, seiner Regierung, seiner Stabilität und seiner Sicherheit sowie für eine Linderung der Leiden des libanesischen Volkes ein.“ Ein Sprecher des Außenministeriums lehnte eine Stellungnahme zu der Erklärung ab, doch wurde vermutet, daß Schlitzenführer Berri diese Garantie verlangt hätte. Ein Amal-Sprecher berichtete, der syrische

Präsident Assad habe Berri telefonisch am Morgen zugesichert, alle 735 Gefangene, welche die Entführer von Israel freilassen wollen, würden entlassen. Zunächst wolle Israel 425 Männer freigeben. Ein israelischer Regierungssprecher sagte in Jerusalem, das Kabinett habe das Geiseldrama zwar besprochen, aber keine Entscheidung getroffen. Der Nahost-Fachmann der israelischen Regierung Kimche war am Wochenende nach Washington gereist.

Der Nervenkitzel um die Freilassung der 39 amerikanischen Geiseln hatte am Sonntag zunächst angedauert. Am Samstag war die Überführung der Geiseln nach Damaskus im letzten Augenblick gescheitert, als die Vereinigten Staaten und Israel sich weigerten, von der Amal geforderte Sicherheitsgarantien abzugeben. Nach einer allgemein gehaltenen Erklärung der USA zu Libanon kündigte die Schlitzenmiliz Amal am Sonntag jedoch an, die Geiseln würden nach dem Wochenende freikommen. Amal-Sprecher Abu Rabjia sagte, die Vereinigten Staaten hätten der Miliz über Assad versichert, daß sie auf Vergeltungsschläge verzichten würden. Ein

weiteres Hindernis für die Beendigung des Geiseldramas wird anschließend ausgeräumt. Die Schlitzenorganisation Hisb Allah (Partei Gottes) hatte sich noch am Samstag geweigert, die vier von ihr bewachten Geiseln der Amal zu übergeben. Am Sonntag sagte Rabjia jedoch, auch diese Frage sei gelöst.

Die Geiseln werden nach Angaben der Amal mit einer Eskorte der Drusenmiliz Walid Dschumbal in sieben Fahrzeugen des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz nach Damaskus gebracht und von dort nach Frankfurt geflogen werden. In dem Konvoi fahren auch der Amal-Führer Scheich Hassan al Meiri und zwei syrische Offiziere mit. Augenzeugen berichteten, vor dem Amal-Hauptquartier seien Drusenkämpfer aufgefahren und syrische Geheimagenten abgestiegen.

Der Generaldirektor im israelischen Außenministerium, Kimche, reiste am Sonntag nach Washington, um dort mit der Regierung über das Geiseldrama zu sprechen. Ein Ministerialbeamter hatte gesagt, wenn Washington darum bitte, werde Israel die Freilassung der Gefangenen von Atlit „in Erwägung ziehen“. (Fortsetzung Seite 2.)

In Europa kommt es zum Schwur

Von Heinz Stadlmann

Die Europäische Gemeinschaft ist immer noch zu Überraschungen fähig. Vor der Konferenz der Regierungschefs in Mailand galt es als ausgemacht, daß keine weltbewegenden Beschlüsse gefaßt und bestenfalls Aufträge an die Außenminister zur Prüfung von Vorschlägen für die künftige Entwicklung der Gemeinschaft herauskommen würden. Dies hat sich bewahrheitet. Aber eine Entscheidung wurde getroffen, mit der kaum noch jemand gerechnet hatte: die Einberufung einer Regierungskonferenz zur Änderung oder Ergänzung der bestehenden Verträge. Und dieser Beschluß kam gegen den Willen von drei Ländern zustande, die ihn um jeden Preis vermeiden wollten.

Mailand ist also tatsächlich zur Stunde der Wahrheit geworden. Der Satz stammt von Bundeskanzler Kohl und wurde beim letzten Gipfeltreffen im Frühjahr in Brüssel geprägt. Wenn er in den letzten Wochen gelegentlich wieder zitiert wurde, reagierten viele mit einem ironischen Lächeln. Niemand glaubte mehr daran, daß es in Mailand zum Schwur kommen würde. Bei den Vorbereitungen des Gipfels hatten sich so viele Annäherungen in Sachfragen ergeben, daß sich ein Kompromiß zwischen den sechs Altmitgliedern der Gemeinschaft und den später dazugekommenen Briten, Dänen, Iren und Griechen abzeichnete.

Es war auch nicht ohne Grund der Eindruck entstanden, daß die deutsche und die französische Regierung, ursprünglich die Hauptbetreiber der Reformpläne in der EG, das Interesse verloren hätten. Staatspräsident Mitterrand hatte zu verstehen gegeben, daß eine Regierungskonferenz der interessierten Länder über neue Vertragsvereinbarungen nicht aktuell sei. Aus Bonn war zu hören, man wolle die existierende Gemeinschaft nicht für ein neues, ungewisses Unternehmen aufs Spiel setzen. Weder Paris noch Bonn schien bereit, die Engländer zu verpöhlen, die zusammen mit Dänen und Griechen von Anfang an erklärt hatten, sie seien gegen neue Verträge oder eine Änderung der alten.

Warum in Mailand plötzlich wieder alles anders war, bedarf noch der Klärung. Am Schluß lagen viele Vorschläge auf dem Tisch, die aber keineswegs unvereinbar waren. Der einzige gravierende Unterschied war die Bereitschaft zur Änderung oder Ergänzung der römischen Gründungsverträge. Da schieden sich die Geister.

Der Beschluß über die Einberufung einer Regierungskonferenz sagt zwar noch nicht, was am Ende dabei herauskommen wird und ob die sechs alten Mitglieder sowie Spanien und Portugal sich tatsächlich auf neue vertragliche Regelungen einlassen können. Sicher ist jedoch, daß der Weg gewiesen wurde zu einer völlig neuen, funktionsfähigeren und attraktiveren Gemeinschaft, die aber

auch das Ende der bisherigen EG und den Verfall des bestehenden Verbandes bringen kann.

Die bestehende Gemeinschaft befindet sich in einem Dilemma. Sie funktioniert bisher nach dem Geleitzug-Prinzip, in dem das langsamste Schiff das Tempo bestimmt. Praktisch heißt das, sie arbeitet miserabel. Bei demnächst zwölf Mitgliedern ist ihre Lähmung zu befürchten. Man muß die Entscheidungsprozeduren ändern. Daß die renitentesten Mitglieder, wie Dänemark und Griechenland, die EG bisher nur als eine Kuh ansehen, die man melken kann, der gegenüber man sich aber keineswegs zu Entgegenkommen verpflichtet fühlt, ist seit langem ein grotesker Zustand.

Viel schwieriger ist es mit Großbritannien. Die Briten sind zwar auch nur lauwarmer Europäer und haben die Nerven der anderen mit ihren Zahlungsproblemen jahrelang strapaziert. Doch sie bemühen sich gleichzeitig, konstruktiv mitzuarbeiten, und haben in der jüngsten Diskussion brauchbare Vorschläge gemacht. Der Gedanke, daß Großbritannien jetzt vielleicht auf kaltem Wege herausgedrängt wird, weil es die geplanten Änderungen niemals durch sein Parlament bringen könnte, muß Sorgen machen.

Noch andere Unwägbarkeiten gibt es. Von einer Europäischen Union zu sprechen und sie zunächst nur auf eine stärkere Zusammenarbeit in der Außenpolitik zu stützen, ist etwas dürftig. Die deutschen Vorschläge wurden in den letzten Tagen von Paris abgeschwächt. Was die Franzosen wollen, ist unklar. Und was heißt gemeinsame Außenpolitik? Kann die Bundesrepublik militärische Aktionen Frankreichs im Tschad oder anderswo in Afrika politisch mittragen?

Ein ebenso zweifelhaftes Kapitel sind die Mehrheitsabstimmungen, für die sich deutsche Politiker so erwärmen. Richtig ist, daß es nicht bei dem jetzigen Zustand bleiben kann. Aber bei dem absurden Finanzierungssystem der EG, in dem einer die Hauptlast trägt und andere, gut dastehende Länder abbassieren, wird die Bundesrepublik ohne Notbremse immer in Bedrängnis geraten. Über neue Programme sind sich alle anderen meist rasch einig. Von der Finanzierung spricht niemand. So ist es auch bei dem nun akzeptierten französischen Forschungsprogramm „Eureka“, für das es bisher keine finanzielle Vorstellung gibt.

Die nächsten Monate werden interessant. Die Konferenz konnte man zwar mit Mehrheit einberufen, ihr Ergebnis muß aber einstimmig akzeptiert werden. Was passiert, wenn das nicht geschieht? Verfällt dann die alte EG, und gibt es eine reduzierte neue Gemeinschaft, oder werden sich die bisherigen Neinsager besinnen? Die Absicht ist wohl, sie vor die Entscheidung zu stellen. Der Klärungsprozess beginnt, der Ausgang ist ungewiß.

Die Bonner Koalition setzt ihre Differenzen offen fort

Baum wirft Zimmermann „große Fehler“ vor / Schäuble spricht von Einigungsfähigkeit

fy. BONN, 30. Juni. Politiker der Koalitionsparteien haben auch am Wochenende den Eindruck bekräftigt, daß die Zahl der Differenzen zwischen ihnen zur Zeit größer ist als die der Gemeinsamkeiten. Die Kritik der SPD an der Regierung trat demgegenüber in den Hintergrund. So kritisierte der frühere Bundesinnenminister Baum (FDP) seinen Amtsnachfolger Zimmermann wegen der von ihm beim Katalysator-Auto betriebenen Politik. Baum warf Zimmermann „große Fehler“ vor und bezichtigte ihn, die Bürger getäuscht zu haben. „Der Bundesinnenminister hat bis zum Schluß beim Katalysator-Auto Erwartungen gehegt, von denen er wissen mußte, daß sie nicht eintreffen würden“, sagte Baum. Viele Bürger seien durch diese Aussagen getäuscht worden. Der in Luxemburg erzielte Kompromiß sehe deshalb schlechter aus, als er sei.

Auch was die Steuerbefreiungen für abgasärmere Fahrzeuge angeht, äußerte Baum Bedenken. Es sei „keine gute Sache“, daß der Bundestag ein Gesetz beschlossen habe, bei dem man nicht wis-

se, wie es funktionieren werde. Trotz der Zusage der EG zu den deutschen Steuermin- derungen für abgasärmere Autos bezweifle er, daß die Partner bei ihrer Zustimmung blieben, wenn es darum gehe, „den Mittelklassewagen mehr bezahlen, als sie in Wirklichkeit aufwenden müssen, um die Europastandards zu erfüllen“. Dagegen zählte Kanzleramtsminister Schäuble den Europakompromiß über das Katalysator-Auto zu den Erfolgen der Regierungstätigkeit in einer Halbzeitbilanz der Regierung. Natürlich hätte man sich schärfere Grenzwerte gewünscht, räumte Schäuble ein, doch sei eine andere Regelung nicht möglich gewesen. Auch mit den jetzt beschlossenen Werten sei eine drastische Reduzierung der Autoabgase möglich.

Baums Parteifreund, Justizminister Engelhard, kritisierte die Absicht des CDU-regierten Bundeslandes Rheinland-Pfalz, die sogenannte Abtreibung auf Krankenschein vom Bundesverfassungsgericht auf ihre Verfassungsmäßigkeit hin überprüfen zu lassen. Er nannte dies einen Versuch, „mit der

Brechstange eine Rechtsänderung zu erzwingen, um das Vertrauen der Frauen auf den Fortbestand der geltenden Rechtslage erneut zu erschüttern“. Er werde sich allen Bestrebungen widersetzen, Frauen mit den Mitteln des Strafrechts zu „disziplinieren“ oder sie wieder in die Arme von vermeintlich billigeren Kurpfuschern und Engelmachern zu treiben“.

Minister Schäuble wies darauf hin, daß sich die Koalition als einigungsfähig erwiesen habe. Alle Gesetzesvorhaben, die bis zur Sommerpause erledigt werden sollten, seien „vom Tisch“ beziehungsweise in der parlamentarischen Beratung. Auf den noch ausstehenden Gesetzentwurf für ein Erziehungsgeld hinweisend, sagte Schäuble, er solle am 24. Juni vom Kabinett verabschiedet werden. Bis dahin solle versucht werden, die Vorbehalte bei den Freien Demokraten auszuräumen. In der Familienpolitik, so räumte der Minister ein, bestünden zwischen FDP und CDU/CSU substantielle Unterschiede. CDU-Generalsekretär Geißler sagte im „Spiegel“ die Regierung habe eine erfolgreiche Halbzeitbilanz. (Fortsetzung Seite 2.)

Michael Groß schwimmt abwärts Weltrekord

F.A.Z. FRANKFURT, 30. Juni. Der Offenbacher Michael Groß hat zum Abschluß der deutschen Meisterschaften einen weiteren Weltrekord geschwommen. Nach seiner Bestleistung über 400 Meter Freistil verbesserte Groß am Wochenende auch den Weltrekord über 200 Meter Schmetterling. Bei den Internationalen Tennis-Meisterschaften von England hat der Essener Andreas Maurer von sich reden gemacht. Er erreichte mit einem Sieg über den an Nummer neun gesetzten Amerikaner Johan Kriek das Achtelfinale. Das Spiel von Boris Becker (Leimen) gegen den Schweden Joakim Nyström mußte bei Einbruch der Dunkelheit unterbrochen werden. Beide hatten bis dahin je einen Satz gewonnen. Das Match wird an diesem Montag fortgesetzt. Mäßige Leistungen kennzeichneten den Leichtathletik-Länderkampf zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten in Bremen, den die Amerikaner deutlich gewannen. Bei der Tour de France hat der belgische Rad-Profi Eric Vanderaerden die Führung im Gesamtklassement übernommen. Auf die Plätze zwei und drei kamen die deutschen Motorrad-Rennfahrer Martin Wimmer und Anton Mang beim Weltmeisterschaftslauf der Klasse bis 250 Kubikzentimeter in Assen. (Siehe Sport.)

Rafsanjani verurteilt die Beirut-Geiselnahme

PEKING, 30. Juni (ap). Der iranische Parlamentspräsident Rafsanjani hat am Wochenende die Entführung des amerikanischen Verkehrsflugzeugs durch libanesischen Schlitzen verurteilt und jede Beteiligung Irans bestritten. Nach einem Gespräch mit chinesischen Regierungsvertretern sagte er in Peking, Iran sei gegen jeden Terror. Dies gelte besonders, wenn unschuldige Menschen betroffen seien. Rafsanjani unterschied scharf zwischen der Beirut-Geiselnahme und der Geiselnahme in der amerikanischen Botschaft in Teheran am 4. November 1979. In Teheran habe es sich um „Spione“ gehandelt. (Siehe auch Seite 5.)

Mubarak droht Libyen mit einer „ersten Lektion“

KAIRO, 30. Juni (AP). Ohne Libyen beim Namen zu nennen, hat der ägyptische Präsident Mubarak am Wochenende gedroht, jedem Land eine „erste Lektion“ zu erteilen, das versuchen sollte, Ägyptens Sicherheit zu gefährden oder seine Nachbarschaft nicht zu respektieren. Mubarak sprach die War-

den Vorsitzenden der Rußlanddeutschen Landsmannschaft dadurch erreicht werden, daß wirtschaftliche Vereinbarungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion von der Berücksichtigung dieser humanitären Fragen abhängig gemacht würden. Usselman wies in diesem Zusammenhang auf ähnliche Vereinbarungen Bonns mit Polen und teilweise mit Rumänien hin. Zu den Grundlagen einer solchen deutsch-sowjetischen Vereinbarung sollte nach Ansicht von Usselman gehören, daß neben den Antragstellern auf Familienzusammenführung auch allen anderen Rußlanddeutschen das Recht auf Ausreise zubilligt werde, für die Ausreise Kontingente festgelegt werden sollten, und darüber hinaus, daß all demjenigen Deutschen, die in Rußland bleiben wollten, die Möglichkeit gegeben werden sollte, ihre nationalen Eigenarten zu pflegen und zu erhalten. (Siehe auch Seite 4.)

100 000 Rußlanddeutsche wollen ausreisen

E. L. WIESBADEN, 30. Juni. Der Bundesvorsitzende der „Landsmannschaft der Deutschen aus Rußland“, Usselman, hat am Sonntag in Wiesbaden den Abschluß eines bilateralen Vertrags auf Ausreise zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion gefordert. Usselman, der auf den drastischen Rückgang von ausreisewilligen Rußlanddeutschen aus der Sowjetunion hinwies, begründete gegenüber Journalisten anlässlich des 19. Bundestreffens seiner Landsmannschaft diese Forderung mit dem Hinweis, daß alle Bemühungen auf diesem Gebiet vom Wohlwollen der Sowjetregierung sowie von der politischen Großwetterlage in den Ost-West-Beziehungen abhängen. Obwohl die sowjetische Regierung behauptete, die 1970 getroffene Vereinbarung über Familienzusammenführung sei praktisch abgeschlossen und es gebe kaum noch ausreisewillige Rußlanddeutsche, lägen immer noch 100 000 unbeschäftigte Ausreiselanträge vor. Der Abschluß eines solchen bilateralen Abkommens könnte nach Vorstellungen

Fortsetzung von Seite 1

Kommen Beiruter Geiseln frei?

Anlaß für die Absage der schon für Samstag vorbereiteten Freilassung war möglicherweise eine Äußerung Reagans. Amal-Führer Dechaafar Schalabi teilte mit, die Amal habe die Sicherheitsgarantien gefordert, weil Reagan gesagt habe, Terroristen und ihre Helfer müßten und würden zur Rechenschaft gezogen werden.

Journalisten hatten in den frühen Morgenstunden des Samstag beobachtet, daß 32 Geiseln in dem Beiruter Summerland-Hotel an dem Abschiedessen teilgenommen hatten. „Wir waren alle bei dem Essen, aber wir wissen nicht, wohin wir jetzt gebracht werden“, rief eine der Geiseln, der 87 Jahre alte Thomas Murry, den Journalisten zu. Eine andere der Geiseln, die nicht identifiziert werden konnte, sagte: „Alles, was man uns gesagt hat, ist, daß wir nach Damaskus gebracht werden. Wir werden weggebracht.“ Als die Geiseln in mehreren Personenwagen und einem weißen Kleinbus weggeführt wurden, waren sie von Dutzenden schwerbewaffneter Milizionäre umstellt. „Ich glaube es ist vorbei, wir werden jetzt weggebracht. Ich weiß aber nicht, wohin“, sagte der 53 Jahre alte George Lenzansky, der — wie die anderen Geiseln — von den Geiselnern einen Strauß rote Rosen erhalten hatte.

Israelische Vorwürfe gegen Algerien

wgl. FRANKFURT, 30. Juni. Im Zusammenhang mit der Beiruter Geiselnahme haben israelische Diplomaten jetzt darauf hingewiesen, daß schlichte Kommandos schon acht Flugzeugentführungen aus dem Libanon unternommen hätten. Außerdem richtet Israel, wie eine Stellungnahme der israelischen Botschaft in Bonn besagt, im Zusammenhang mit der jüngsten Entführung Vorwürfe gegen Algerien. Die algerischen Behörden, so heißt es, hätten nicht versucht, das Flugzeug und die Entführer festzuhalten, obwohl das am 14. Juni gekaperte Flugzeug der TWA zweimal auf algerischem Gebiet gelandet sei. Die Botschaft weist auch darauf hin, daß israelische Sicherheitskräfte am 20. April vor Israels Küste ein Schiff aufgebracht hätten, das aus dem algerischen Hafen Anaba kam; an Bord hätten sich Palästinenser befunden, welche den Auftrag gehabt hätten, Anschläge gegen die israelische Zivilbevölkerung zu unternehmen. Die Untersuchung des Vorfalles brachte zutage, daß die algerische Regierung und algerische Armee- und Geheimdienstoffiziere an allen Phasen der Vorbereitung dieser Attentatsversuche beteiligt gewesen seien. Einige der Palästinenser hätten angegeben, die algerischen Behörden hätten ihnen den Aufenthalt in nahe gelegenen Hotels gestattet, während sie auf die Einschiffung warteten.

Präsident des pazifischen Inselstaates Palau ermordet

KOROR, 30. Juni (AP). Der Präsident des im westlichen Pazifik gelegenen Inselstaates Palau, Haruo Remelick, ist in der Nacht zum Sonntag erschossen worden. Die Hintergründe der Tat waren zunächst nicht bekannt. Die Hochkommissarin des von den Vereinigten Staaten verwalteten Treuhändergebiets im Pazifik, McCoy, berichtete, ein Palauer sei festgenommen worden. Palau gehört zum dem Treuhändergebiet, das Washington 1947 von den Vereinten Nationen zur Verwaltung übertragen wurde.

Wie Geiseln retten?

Von Dr. Dr. Rudolf Dolzer

Die Bedrohung des menschlichen Lebens durch terroristische Aktionen (wie etwa einer Geiselnahme) stellt einen Extremfall der Leugnung von Menschenrechten dar. Zur Abwehr bestehender Gefahren darf der Heimatstaat der Betroffenen in einer solchen Situation Repressalien ergreifen und somit Rechte verletzen, in die er sonst nicht eingreifen dürfte. Dies gilt unabhängig davon, ob der fremde Staat die Geiselnahme durch seine staatlichen Organe durchführen läßt, sie ausdrücklich duldet, oder ob er sich mangels einer effektiven Staatsgewalt als unfähig zum Eingreifen gegenüber den Geiselnern erweist. Der Heimatstaat der Geiseln ist dabei völkerrechtlich nicht auf Maßnahmen beschränkt, die unmittelbar auf die Rettung der Geiseln zielen; der Abbruch wirtschaftlicher Beziehungen und was ohne weiteres gerechtfertigt.

Im Lichte der neueren Staatenpraxis ist es dem Heimatstaat — trotz der souveränen Rechte des Staates, in dem sich die Geiselnnehmer befinden — auch nicht verwehrt, militärische Mittel einzusetzen, soweit diese zur Rettung der Geiseln erforderlich sind und vorher angeordnet werden. Dabei dürfen freilich nur Maßnahmen getroffen werden, die von ihrer Wirkung her noch in einem vernünftigen Verhältnis zur bestehenden Gefahr stehen. Entsprechend den Normen des Kriegsrechts dürfen sich solche militärischen Maßnahmen auch nicht gegen die Zivilbevölkerung richten. Wenig geklärt ist der Umfang der Rechte des Heimatstaats in einer Situation, in der die Geiseln zur Verleitung direkter militärischer Rettungsaktionen verstockhalten werden. Gute Gründe sprechen in einem solchen Fall für die Annahme, daß dem Heimatstaat etwa ein Schlag gegen an der Geiselnahme beteiligte militärische Verbände durch das Völkerrecht nicht verboten wird; auch solche Maßnahmen müssen indes verhältnismäßig sein und als Ziel die Rettung der Geiseln haben.



So vergnügt, wie sich Dänemarks Ministerpräsident Poul Schlüter noch in einer Verhandlungspause den Journalisten zeigt, war er zum Abschluß des Mailänder Gipfels nicht mehr. Bundeskanzler Kohl und der spanische Ministerpräsident Felipe González als „Neuling“ im EG-Kreis — dem sich Kohl freundschaftlich zuwendet — zeigten sich indessen auch am Samstagabend noch zufrieden: Zweckoptimismus? Foto AP

Fortsetzung von Seite 1

Hoffnungen nach dem Mailänder Treffen

Die letzten drei Stunden der Konferenz, die sich bis in die späten Abendstunden des Samstags hingezogen hatte, sind nach der Darstellung Kohls eine „Hängepartie“ gewesen. Es sei lange offen geblieben, wie sie ausgehen würde. Entscheidend sei dabei die Frage nach der Bereitschaft zur Änderung der bestehenden Verträge gewesen. Sechs Länder hätten sich dafür ausgesprochen, drei dagegen. Außenminister Genscher wies darauf hin, daß die ablehnenden drei Länder sich aber keineswegs so einig gewesen seien, wie die sechs befürwortenden Staaten. Zwischen Großbritannien, Dänemark und Griechenland gebe es in den Einzelheiten erhebliche Unterschiede.

Der italienische Ratspräsident Craxi zeigte sich grundsätzlich zufrieden mit dem Ergebnis der „sehr ausführlichen Diskussionen“, von denen er „positive Impulse für die weitere Entwicklung der EG“ erwarte. Es seien „deutlich sichtbare Fortschritte bei der Transformation der Europäischen Gemeinschaft in eine wirkliche Europäische Union“ gemacht worden. Dabei gestand er allerdings zu, daß manchen dieser Fortschritt vielleicht etwas langsam erscheinen könnte.

Die Schuld dafür, daß die versammelten Regierungschefs sich nicht schon in Mailand über die institutionellen Reformen einigen konnten, sprach Craxi den Griechen zu. Angesichts ihrer Opposition habe keine andere Möglichkeit bestanden, als mit Mehrheitsentscheidungen eine Regierungskonferenz auf Außenministerebene einzuberufen und diese mit dem Reformwerk zu beauftragen.

Die britische Premierministerin Thatcher, die sich deutlich verärgert zeigte und ihre Enttäuschung nicht verhehlt, bezweifelte mit großer Entschiedenheit den Wert einer Regierungskonferenz. Was könne dabei entschieden werden, was die Regierungschefs bei ihrem Treffen in Mailand nicht zuwege gebracht hätten, fragte sie. Man habe die Probleme lediglich vertagt und die Mailänder Gipfelkonferenz schlecht genutzt. Großbritannien sei bereit gewesen, an praktischen Fortschritten teilzunehmen und habe dafür konkrete Vorschläge gemacht. Eine Vertragsänderung sei nicht notwendig. Bis heute sei der alte Vertrag noch nicht einmal erfüllt, was insbesondere für die Verwirklichung des gemeinsamen Binnenmarktes gelte. England werde weiterhin eine konstruktive Rolle in der Gemeinschaft spielen.

Frau Thatcher erklärte, daß Änderungen der bestehenden Verträge nur einstimmig gefaßt werden könnten. Staatspräsident Mitterrand vertrat dagegen die Auffassung, daß ein neuer Vertrag diejenigen vereinigen könne, die weitergehen wollten. Wenn sich nicht alle beteiligten, dann sollten die neuen Verträge gültig werden. Nach Ansicht des französischen Staatspräsidenten befindet man sich jetzt auf dem Weg der Konfrontation. Der holländische Außenminister meinte, die Außenminister hätten jetzt einen unklaren Auftrag. Man sei beim Gipfel zwar etwas vorangekommen, aber man wisse noch nicht, ob die Gemeinschaft jetzt tatsächlich einen Sprung vorwärts mache oder ob sie zusammenfalle.

Stimmen der Anderen

Den Anschlägen zuvorkommen

Die „Berliner Zeitung“ schreibt zu den „grundsätzlichen Fragen“ der Geiselnahme von Beirut:

„Präsident Reagan übte bis hierhin erstaunliche Zurückhaltung. Bleibt zu hoffen, daß er sich nicht nur so, weil ihm die Hände gebunden sind. Und daß er sich auch künftig gegen jede Revanchelust im eigenen Land durchzusetzen weiß. Das schließt konsequentes Handeln nicht aus. Es geht nicht darum, das letzte Wort zu haben, sondern künftighin das erste, dem nächsten Terroranschlag zuvorkommen. Terrorwütige nicht erneut die Initiative ergreifen zu lassen, was erlaubt sein und als legitim akzeptiert werden, so sehr sich manches liberale Herz dagegen sträubt. Es geht hier um die Opfer, nicht um die Terroristen. ... Nicht das fast unvermeidliche Nachgeben gegenüber terroristischen Erpressern um der Opfer willen sollte die Zähne knirschen machen, sondern die eigene Feilbarkeit, das Nichterkennen; Nachlässigkeit, dann zu agieren, wenn es an der Zeit gewesen wäre. Sehr vieles würde nach Teheran verstimmt.“

Deprimierender „Erfolg“

Zum EG-Kompromiß über die Abgasvorschriften für Autos heißt es in den „Stuttgarter Nachrichten“:

„Schlimmer hätte es nicht kommen können: statt beim ‚Nachverhandeln‘ doch noch den Dreiwegkatalysator für Mittelklasseautos durchzusetzen, mußte Bonn —

In der Schlußerklärung heißt es, der Europäische Rat habe eine umfassende Aussprache geführt über die Vorschläge des beim Gipfel in Fontainebleau im vergangenen Jahr geschaffenen Ad-hoc-Ausschusses für institutionelle Fragen und über den Mandatsentwurf des italienischen Vorsitzes, insbesondere über die Verbesserung des Beschlußfassungsprozesses im Rat, die Stärkung der Rolle des Europäischen Parlaments, die Verwaltungsbefugnisse der Kommission und die Intensivierung der politischen Zusammenarbeit im Gesamtrahmen des Übergangs zur Europäischen Union.

Der Rat habe eine eingehende Aussprache über die Einberufung einer Konferenz zur Herbeiführung konkreter Fortschritte auf dem Weg zur Europäischen Union geführt, auf der folgende Punkte erörtert werden sollen: ein Vertrag über eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik auf der Grundlage des deutsch-französischen sowie des britischen Entwurfs und die Änderungen des EWG-Vertrages, die gemäß Artikel 236 zur Ausführung der institutionellen Anpassungen erforderlich sind: Sie betreffen das Beschlußfassungsverfahren des Rates, die Befugnisse des Europäischen Parlaments sowie neue Tätigkeitsbereiche.

Der Präsident habe festgestellt, daß die nach Artikel 236 des Vertrages für die Einberufung einer derartigen Konferenz erforderliche Mehrheit vorhanden war. Das Ergebnis würde den Staats- und Regierungschefs auf der nächsten Tagung des Europäischen Rates in Luxemburg zur Entscheidung unterbreitet.

In einem von deutscher Seite verbreiteten Text dieses Abschnitts der Schlußerklärung ist auf Vorschlag von Außenminister Genscher als Auftrag an die nächste Präsidentschaft (Luxemburg vom 1. Juli an bis zum Ende des Jahres) die Feststellung getroffen worden, daß dem Ministerrat auf der Grundlage des Vorschlags des italienischen Ministerpräsidenten Craxi beim Mailänder Gipfel und unter Berücksichtigung der Diskussionen bei diesem Treffen ein Vorschlag unterbreitet werden soll, über den mit Mehrheit entschieden werden könne.

Der Europäische Rat hat auch dem französischen Forschungsprogramm Eureka, mit dem ein Europa der Technologie geschaffen werden soll, seine Zustimmung gegeben. Zu Verhandlungen über dieses Projekt hat Frankreich für den 13. Juli nach Paris eingeladen. Daran sollen jeweils zwei Minister der interessierten Länder teilnehmen. Die Teilnahme soll auch Nichtmitgliedern der Europäischen Gemeinschaft offenstehen. Österreich, die Schweiz und Norwegen sollen bereits Interesse bekundet haben. Bei den Beratungen darüber ist es zu einem heftigen Streit zwischen dem Kommissionspräsidenten Delors und dem französischen Staatspräsidenten Mitterrand gekommen. Delors wollte das Programm im Rahmen der Gemeinschaft verankern und abwickeln, Mitterrand lehnte das entschieden ab und drohte damit, andernfalls seine Vorschläge zurückziehen zu wollen.

Fünffmal Europa: Ideal, rhetorisch, zirkensisch, real und heilig

Ein chamäleonhaftes Gebilde / Von Heinz-Joachim Fischer

MAILAND, 30. Juni. Fünffmal zeigt sich an diesem letzten Juni-Samstag Europa in Italien. Das vage Gebilde, Europa genannt, von dem jeder weiß, was es war, und niemand, was es wird, präsentiert sich chamäleonhaft in fünf-facher Gestalt. Da meldet sich in Mailand, wo die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaft zum Rat zusammengelassen sind, das ideale Europa. Auf die große Piazza vor dem Mailänder Dom strömen gegen Mittag Züge von Demonstranten, meist junge Leute, sympathisch und friedlich. Alle ihre Wünsche — und es sind ganz verschiedene, die Christliche Demokraten und Kommunisten, Radikale und Republikaner, grüne Umweltschützer und schwarze Extremisten im Kopf haben und auf Transparenten vorweisen — fassen sie in einem Wort zusammen: „Wir fordern Europa“. Es muß ein Europa sein, das keine Grenzen und Probleme kennt oder zumindest beide mühelos aufhebt, in dem es keine Arbeitslosen und keine enttäuschten Bauern mehr gibt, ein Europa, unter dessen Dach auch widerstreitende Interessen, widersprüchliche Hoffnungen und unterschiedliche Charaktere Platz haben. Ein glückliches, ein utopisches Europa. Aber die Demonstranten sind jung und lautstark. So möge eintreffen, was der deutsche Maler Lucas Cranach der Ältere (1472 — 1553) auf sein Bild der Katharina von Bora, der Frau des Reformators Martin Luther, geschrieben hat. Das Porträt hängt in dem kleinen Museum Poldi Pezzoli in Mailand, und nur wer genau hinschaut, liest: salvabitur per filiorum generationem — durch die Generation der Söhne wird es gelingen.

Denn nicht weit vom Domplatz und dem Museum in Mailand entfernt konferieren die europäischen Staats- und Regierungschefs. Da vollzieht sich das rhetorische Europa, ein Rednerwettbewerb, in dem nur verbale Erfolge zählen. Alle Teilnehmer sind eifrigst darauf bedacht, daß die Urheberschaft an einer guten Idee nicht einfach einem Land zufalle. So kann sich kein Engländer, Grieche oder Däne erlauben, einen Vorschlag des deutschen Bundeskanzlers, auch nicht einen Entwurf Kohls und des französischen Staatspräsidenten Mitterrand zusammen (für eine Europäische Union), gut zu finden. Das ließe ja, daß den anderen acht nichts Vernünftiges eingefallen sei. Unter den vielen Varianten der Ablehnung werden drei Alternativen am häufigsten rednerisch verteidigt: Nr. 1: Entweder man ist von einem neuen Projekt überrascht worden und fühlt sich überumpelt, oder es liegt schon so lange auf dem Tisch, daß es keine Beachtung mehr verdient. Nr. 2: Entweder läßt „das Papier“ Pragmatismus vermissen, was sich von jedem in die Zukunft reichenden Vorschlag sagen läßt, oder „es geht nicht weit genug mit Europa“. Nr. 3: Entweder zeigt ein Kompromiß, zu dem man sich mühsam im europäischen Geist durchgerungen hat, daß nur Kräfte und nicht Werte, oder dieser Kompromiß hindert die weitere Entfaltung der strahlenden Europa-Idee. Wie viele rhetorische Möglichkeiten sich durch die drei Alternativen ergeben, ermißt man, wenn man sie mit der Zahl der Mitgliedsländer multipliziert — deshalb freuen sich viele auch schon auf die Neuzugänge Spanien und Portugal, dann sind es zwölf mal drei. Experten geben hierbei zu bedenken, daß in vielen europäischen Regierungen auch noch Koalitionen versteckt sind, wie etwa in der deutschen, wodurch die Mathematik komplizierter, doch die rednerische Freiheit größer wird.

Südafrikanische Truppen in Angola

A. R. JOHANNESBURG, 30. Juni. In einer Verfolgungsschlacht „auf heißer Spur“ gegen Swapo-Partisanen haben südafrikanische und südwestafrikanische Truppen am Samstag die Grenze zwischen Namibia/Südwestafrika und Angola überschritten. Am Sonntag fand eine Besichtigung der Grenze statt, die sich über 100 Kilometer nördlich der Grenze auf angolanischem Boden“ bei den Kampfhandlungen seien 45 Swapo-Guerilleros getötet worden; ein Soldat der lokalen namibischen Einheiten sei gefallen, heißt es in dem Tagesbefehl des nach dem Cabinda-Überfall zurückertraten, aber intermilitärisch weiterarbeitenden südafrikanischen Oberkommandierenden, General Cnstand Viljoen. In dieser Verlautbarung wird zum

Diesem rhetorischen Europa haben die Italiener auf ihrem Gipfel das Zirkensische hinzugefügt, vielleicht nicht ohne Bosheit. Das Pressezentrum richteten sie in Zirkuszelt ein, die sich mit ihren weißen und roten Streifen großartig inmitten des Castello Sforzesco ausnehmen, der ehemaligen Stadtfestung der Mailänder Herzöge (Sforza) und nun Tagungsort des Europäischen Rates. Hier können sich nur wahre Künstler behaupten. So hat etwa der italienische Regierungssprecher einiges zu dem deutsch-französischen Vorschlag für eine Europäische Union gesagt, was er aber nicht so gemeint hat und was nicht Meinung des italienischen Außenministers Andreotti ist, sondern nur die des Ministerpräsidenten Craxi, aber auch die nicht nach dem Wortlaut, sondern mehr nach dem Augenzwinkern, weil eine vorläufige Stellungnahme wiederum den Zorn der Frau Thatcher hervorgerufen könnte, die ihrerseits nach voller Ausschöpfung der rhetorischen Möglichkeiten vor dem Rat ihren Sprecher das Gegenteil behaupten läßt, damit einerseits die Dänen und Griechen nicht etwa denken, man sei sich einig, und andererseits die Deutschen nicht, man sei sich gänzlich uneinig. Wie kümmerlich erscheint gegenüber diesem zirkensischen Europa von Wort, Bild und Ton der Gaukler auf dem Domplatz, der nur mit vier Keulen jongliert. Da nimmt es nicht wunder, wenn ein Europa-Beamter aus Brüssel allein mit dem vielsagenden Wort vom „konstruktiven Geist“ die Journalisten in Bann schlägt und so eine Erholungspause beim Jonglieren gewährt.

Die Stunde des realen Europa schlägt am Samstag nach Mitternacht. Da hat der Bundeskanzler die Konferenzstunden des Freitags hinter sich, auch das festliche Abendessen — „Man sollte den Italienern eine Dauerpräsidentschaft dafür übertragen“, vermerkt Kohl anerkennend — und die sogenannten Kamingsgespräche, ist in seinem Hotel an der Piazza della Repubblica und kommt vor den deutschen Journalisten ins Rennen. Der Kanzler demonstriert, daß er als Regierungschef sich nicht in den Fallstricken der Einzelheiten verheddern läßt, sondern sehr genau die wirklichen Interessen der einzelnen Staaten, darunter auch der Bundesrepublik, kennt und nach einem fairen Ausgleich sucht. Schlaumeierische Tricks liegen ihm nicht. Da bleibt es nicht aus, daß er von europäischer „Heuchelei“ spricht und zur Schärfung des Realitätsinns fragt: „Wo sind wir denn eigentlich?“ Keine Frage, daß man das kulturell-geistliche, das heilige Europa auch in Mailand finden kann. Der Dom, die Kirche Sankt Ambrosius, das heilige Mailänder Bischofs aus dem viernten Jahrhundert, böten genug davon. Aber an diesem Samstag präsentiert sich dieses Europa fast unberührbar in Rom. Es ist das Fest Peter und Paul in der katholischen Kirche, und Papst Johannes Paul II. übergibt während einer feierlichen Messe im Petersdom in Anwesenheit von 24 Kardinalen 12 Erzbischöfen aus aller Welt ein Insignium ihres Amtes, das Pallium, eine weiße Stola. Darunter befindet sich der Groß-erzbischof von Lemberg, der Ukrainer Kardinal Lubachivsky, der damit die Brücke vom westlichen Europa der Gemeinschaft zum östlichen schlägt. Dazu erklingt die „Krönungsmesse“ von Mozart, dargeboten von der Wiener Philharmonikern, dem Chor des Wiener Singvereins und vier bekannten Solisten unter der Leitung des Dirigenten Herbert von Karajan.

ersten Mal seit dem 17. April, dem Datum des offiziell „endgültigen Rückzuges“ der südafrikanischen Truppen aus Angola, eine neue Verletzung der Grenze zwischen Namibia und Angola durch südafrikanische Truppen offiziell bekanntgegeben. In seiner Ansprache am 17. April hatte General Viljoen hervorzuheben, daß er sich vorbehalte, im „Kampfe gegen die Terroristen der Swapo“ auch wieder in das Territorium Angolas vorzudringen, wenn die Situation dies gebieten sollte; wenn also die reguläre angolansische Streitmacht, gegen ihre im Verträge von Lusaka eingegangenen Verpflichtungen, sich als nicht instande oder als nicht willens erweise, selbst die Swapo-Terroristen von weiteren Angriffen aus angolanschem Hoheitsgebiet heraus auf Zivilpersonen in Südwestafrika/Namibia abzuhalten.

Fortsetzung von Seite 1

Differenzen in der Koalition

Der Haushalt sei wieder in Ordnung. Es gebe wirtschaftliches Wachstum und Preisstabilität. Geißler fügte folgende Lagebeurteilung an: „Die Lage ist gut, die Stimmung ist schlecht, aber unsere Leute dürfen sich einer solchen Stimmung nicht hingeben.“ Verheerend wäre es, wenn in der Öffentlichkeit der Eindruck entstände, die CDU spare und die FDP senke den Spitzensteuersatz. Unterdessen forderte der FDP-Landeshauptaussschuß Rheinland-Pfalz die Senkung der Spitzensteuern bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer. Der FDP-Finanzexperte im Bundestag, Gattermann, sagte, die bisherigen steuerlichen Maßnahmen der Regierung seien zu kleinteilig.

Der CSU-Vorsitzende Strauß nutzte einen Bezirksparteitag in Tirschendorf, um zu versichern, er wolle nicht „Störenfried des Bonner Glücks“ sein. Zugleich ermahnte er jedoch die Bonner Koalition, den Kurwechsel „gläubwürdiger, ausgeprägter und profilierter dem Bürger ins Bewusstsein zu rücken“ und der Wende „Tiefe, Gradlinigkeit und Dauerhaftigkeit“ zu verleihen. Die CSU werde es auch nicht zulassen, daß die FDP auf Kosten der Union Wähler gewinne. Auch griff Strauß noch einmal das Thema der Ostverträge, insbesondere das der Rechtsqualität der polnischen Westgrenze, auf. Er rief in Erinnerung, daß die Anerkennung der polnischen Westgrenze an Oder und Neißة durch die Bundesrepublik lediglich für diese, nicht aber für eine spätere gesamtdeutsche Regierung rechtsverbindlich sei.

Abschied von Tage Erlander

Bc. STOCKHOLM, 30. Juni. Rote Fahnen der Partei- und Gewerkschaftsorganisationen aus allen Teilen des Landes säumten die Straßen der Stockholmer Innenstadt, und Tausende waren gekommen, Abschied zu nehmen von Tage Erlander, der am Mittwochnachmittag im Alter von 84 Jahren gestorben war. Begleitet von zwei Trommlern und ganz in Weiß gekleideten Männern und Frauen, rollte der in eine rote Fahne gehüllte Sarg vom Grab Hjalmar Brantings, des ersten sozialdemokratischen Ministerpräsidenten in den zwanziger Jahren, zum „Volkshaus“, wo die politische Trauerfeier für den Mann stattfand, der fast auf den Tag 23 Jahre lang, von 1946 bis 1969, Schweden regiert hatte. In dieser Zeit war er für eine ganze Generation zum „Landesvater“ geworden. An diesem Montag wird Erlander auf einem langen Trauerzug quer durch Schweden die letzte Reise nach Värmland antreten, um dort in Ransäter, seinem Geburtsort, zur letzten Ruhe gebettet zu werden. In der Feierstunde im „Volkshaus“ sagten am Sonntagmorgen Freunde und Politiker Lebewohl. Ministerpräsident Palme, der politische Zögling und Nachfolger Erlanders, rühmte den „rastlosen Reformeur“ des Verstorbenen, seinen Zukunftsoptimismus, der auf der Überzeugung beruht habe, daß menschliche Vernunft und Gestaltungswille, Wissenschaft und Technik die Lebensverhältnisse der Menschen verbessern könnten. Palme erinnerte aber auch an den Humor, an die Selbstironie und die häufigen Selbstzweifel Erlanders, mit denen er trotz aller Streitbarkeit und vieler politischer Auseinandersetzungen auch bei seinen Gegnern Anerkennung und Sympathie gewann. Grenzen sei Erlanders Neugier gewesen: Immer auf „der Jagd nach neuen Büchern, neuen Ideen“, um seine Vorstellungen einer handlungsfähigen, um Solidarität bemühten Demokratie zu verwirklichen. Bruno Kreisky, der frühere Ministerpräsident Österreichs, der die Kriegsjahre im schwedischen Exil verbracht hatte, sprach im Namen der Sozialistischen Internationale. Die schwedische Sozialdemokratie unter der Führung Erlanders, sagte er in seiner auf schwedisch gehaltenen Ansprache, sei nach dem Kriege ein „Wegweiser“ und die „große historische Kraft“ gewesen, die „uns beim Aufbau der Demokratie“ geholfen hat. Dank für persönliche Hilfe nach dem Krieg äußerte auch der 88 Jahre alte Aine Gerhardsen, der in einem deutschen Konzentrationslager gewesen hatte und 1945 norwegischer Ministerpräsident wurde. Die deutschen Sozialdemokraten wurden bei der Gedankenfeier von einem Mann vertreten, den Palme ausdrücklich zu den Freunden Tage Erlanders zählte: Herbert Wehner.

Mehr kaum zu erreichen

Zum selben Thema meint die „Saarbrücker Zeitung“:

„Innenminister Zimmermann hat es sich selbst zuzuschreiben, wenn der Wert dessen, was er an Verhandlungsergebnis mit nach Hause brachte, vor allem an seinen früheren, sehr weit gehenden Erwartungen und Erklärungen gemessen wird. Was an politischem Schaden aus dem monatelangen Verwirrspiel zurückbleibt, geht in der Tat alles zu Lasten von Zimmermann. Ganz anders ist die Frage zu beantworten, ob die deutsche Seite gegenüber den schwerfälligen, von völlig anderen ökonomischen und ökologischen Interessen ausgehenden europäischen Partnern überhaupt hätte mehr erreichen können. Wer die Reaktionen, gerade der letzten Tage und Wochen, genau betrachtet, muß doch erkennen, daß bei der derzeitigen Lage der europäischen Automobilindustrie ein weiter gehender Verhandlungserfolg kaum möglich war. Worauf es jetzt ankommt, ist, deutschseits geduldig in Einzelfragen mit den europäischen Partnern weiterzuringen.“

Hoffnung auf die Auto-Käufer

Nicht nur Grund zur Klage sieht die in Oldenburg erscheinende „Nordwest-Zeitung“:

„Bei aller Kritik und aller — verständlichen — Unzufriedenheit, der in Luxem-

burg ausgehandelte Kompromiß über die Einführung umweltfreundlicher Autos hat auch annehmbare Züge. Der monatelange Wirrwarr um verbindliche Abgaswerte ist nun beendet und damit die Verunsicherung von Herstellern und Käufern. Darüber hinaus sind die Pläne der Bundesregierung von den EG-Partnern absegnet worden, durch steuerliche Anreize den Absatz von umweltfreundlichen Autos zu fördern. Entscheidend wird sein, wie sich jetzt die deutschen Autokäufer verhalten. Auf ihnen ruhen nämlich in Zukunft die Hoffnungen der sterbenden Wälder. Deutsche Autohersteller haben angekündigt, sie würden die künftig in der EG geltenden Abgasnormen übererfüllen. Die deutschen Autokäufer könnten demnach mehr für den deutschen Wald tun, als es der Regierung möglich war.“

Durchgepeitscht

Kritisch äußert sich der „Mannheimer Morgen“ zur Änderung des Demonstrations-Strafrechts: „Über die gestern im Bundestag eilfertig beschlossenen Gesetzesänderungen ließe sich sagen, daß sie zuallererst dem Koalitionsfrieden dienen sollen. Auf Druck der CSU war über das jahrelang kontrovers diskutierte Vermummungsverbot am 13. Juni eine Kompromißformel in der Koalition gefunden worden, die nun, nur zwei Wochen später, im Bundestag durchgepeitscht wurde. Die Eile war auch wieder nicht sachlich geboten. Die Novellierung sollte noch vor den Parlamentsfe-

Kulturpolitische Barbarei

Scharf tadelt der Ingostädter „Donau Kurier“ aus Anlaß des jetzt verabschiedeten Förderstufen-Abschlußgesetzes die hessische Schulpolitik:

„Schon in der Vergangenheit hatte kein Land das fragwürdige Konzept der integrierten Gesamtschule so rigoros umgesetzt wie Hessen. Die jetzt mit den Grünen beschlossene Zwangseinführung der Förderstufe ist im Anbetracht der erdreichenden Erfahrungen aus der Gesamtschulpraxis ein Anachronismus, ist rein recht-haben-Wollen um jeden Preis. Der Preis besteht darin, daß Hessen sich zum ersten Bundesland entwickeln könnte, in dem es keine Gymnasien mehr gibt, in denen begabte Kinder bereits vom zehnten Lebensjahr an Latein oder Französisch lernen dürfen. Ein Schultyp, der sich mehr als 100 Jahre bewährt hat, wird ganz einfach von gesellschaftspolitischen Ideologen zum Aussterben verurteilt. Im Grunde ein Akt kulturpolitischer Barbarei.“